

**Lehrveranstaltung „Schlüsseltexte und -dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus“**

Universität Wien, Institut für Zeitgeschichte, WS 2008/09

**Bericht von Gauleiter Friedrich Rainer über die NS-Machtergreifung in Österreich**

**DOKUMENT 812-PS**

PERSÖNLICHES SCHREIBEN DES GAULEITERS VON SALZBURG AN SEYSS-INQUART VOM 22. AUGUST 1939, SCHREIBEN RAINERS AN BÜRCKEL VOM 6. JULI 1939 UND SEIN BERICHT DESSELBEN DATUMS ÜBER DIE VORGÄNGE IN DER NSDAP IN ÖSTERREICH VOM JAHRE 1933 BIS ZUM 11. MÄRZ 1938 (BEWEISSTÜCK US-61)

BESCHREIBUNG:

vierteilig

Erstes S: Bk dr 1 über Bk Hoheitszeichen pr 1 U Ti

SALZBURG, 22. August 1939.

CHIEMSEEHOF

DER GAULEITER

Persönlich!

Nur zu eigenen Händen!

An den

Reichsminister Dr. Arthur Seyss-Inquart,

Wien I., Ballhausplatz 2.

Lieber Doktor Seyss!

Ich habe Ihren Brief vom 19. August 1939 erhalten, in dem Sie mich ersuchen, Ihnen mitzuteilen, was mir von den Dingen bekannt sei, die unter anderem Gegenstand Ihres Briefwechsels mit Bürckel sind.

Ich will mich mit verschiedenen Redereien und dem, was mir im Laufe der Zeit von verschiedenen Personen zugetragen worden ist, nicht beschäftigen. Es kommt mir im wesentlichen darauf an, mein eigenes Verhalten klarzustellen.

Ich wurde am 5. Juli 1939 von Reichskommissar Gauleiter Bürckel telefonisch gefragt, ob ich die Denkschrift des Globus' über die Märzereignisse besitze. Ich habe ihm mitgeteilt, dass ich diese Denkschrift nicht besitze und auch niemals ein Stück davon besessen habe, dass ich mich auch an der Sache damals nicht beteiligte und auch den Inhalt nicht kenne. Über dienstliche Aufforderung Bürckels habe ich ihm einen Bericht zu treuen Händen zur Verfügung gestellt und dazu einen Begleitbrief vom 6. Juli geschrieben.

– Seite 2 –<sup>1</sup>

Wenn Ihnen nun Bürckel schreibt, dass bestimmte Angaben durch mich bestätigt worden seien, so sehe ich mich genötigt, Ihnen je eine Abschrift des bei mir erliegenden Durchschlages dieser beiden in einer einzigen Urschrift hergestellten Schriftstücke ebenfalls zu treuen Händen zur Verfügung zu stellen. Ich setze hievon unter einem Bürckel in Kenntnis. Daran knüpfe ich die Erklärung, dass ich ausser diesen schriftlichen Ausführungen keinerlei Bestätigungen, Erklärungen oder Beurteilungen über Sie und Ihr Verhalten gegeben habe und dass ich keine Person befugt habe, sich auf Äusserungen von mir zu beziehen.

Ich habe über Sie und meine Meinung von Ihrer Persönlichkeit seit dem Beginn der Zusammenarbeit immer in bestimmter Weise meine Auffassung geäußert und vertreten. Diese meine Auffassung war auch die Grundlage der zwischen Ihnen und mir bestandenen Arbeitsgemeinschaft. Sie hat sich auch durch die Ereignisse im Februar und März nicht geändert, zumal ich in dem politischen Erfolg des 11. März nur eine Bestätigung der Absichten und Gesinnungen erblicke, die zur Zusammenarbeit Sie und mich gleicher Weise veranlasst haben.

Was den Globus betrifft, so kennen Sie ja seine Art, die ich immer und in allen Lagen nur von der guten Seite her beurteilt habe. Ich glaube, Sie haben mit Globus schon über das, was zwischen dem 11. März 1938 und jetzt liegt, gesprochen und ich bin überzeugt, dass er Ihnen, wenn Sie, wie Sie vorhaben, mit ihm über die Sache sprechen werden, alles sagen wird, was

– Seite 3 –

er auf dem Herzen hat.

Mit besten Grüßen und

Heil Hitler!

Ihr

*Friedl Rainer*

2 Beilagen.

---

<sup>1</sup> Paginierung der verwendeten Originalvorlage.

---

Zweites S:

::-:: Abschrift!) ::-::

Salzburg, 6. Juli 1939.

An den

Reichskommissar Gauleiter Josef B ü r c k e l,

Wien I,

Parlament

Lieber Parteigenosse Bürckel!

Bald nach der Machtergreifung in der Ostmark flogen Klausner, Globocnik und ich nach Berlin, um dem Stellvertreter des Führers, Pg. Rudolf Hess, einen Bericht über die Vorgänge, die zur Machtergreifung geführt haben, abzustatten. Wir taten dies, weil wir den Eindruck hatten, dass die allgemeine Auffassung und vielleicht auch die Meinung des Führers dahin ging, es sei bei der Befreiung mehr auf die staatlichen Faktoren in Österreich und weniger auf die Partei angekommen. Genauer gesagt, vom Führer wurde Dr. Seyss-Inquart allein in einer besonderen Weise herausgestellt und die öffentliche Meinung gab ihm das alleinige Verdienst an der Umwälzung und billigte ihm auch die ausschliessliche Führerrolle dabei zu.

Diese Auffassung entspricht aber nicht den wahren Kräfteverhältnissen und den bis zum 12.März 1938 vollkommen klar liegenden Führungsverhältnissen. Ich habe damals über Auftrag Klausners dem Stellvertreter des Führers einen kurzen Vortrag gehalten und ihm weiters eine kurze schlagwortartige Darstellung der Entwicklung seit 1934 schriftlich vorgelegt. Von dieser

– Seite 2 –

habe ich keine einzige Abschrift hergestellt. An weiteren Aktionen in dieser Richtung habe ich mich nicht beteiligt, da sie mir zu sehr mit persönlichen Gemütsstimmungen verbunden erschienen. Wenn für den Führer und für die öffentliche Meinung in den Märztagen die Person des Dr. Seyss-Inquart so sichtbar in den Vordergrund getreten war, so sehe ich eine wesentliche Ursache darin, dass sich in der Partei keine solche Stelle ergeben hat, von der aus man sich hätte der Öffentlichkeit vorstellen können und dass sich auch kein Mann gefunden hat, der das Zeug in sich hatte, sich herausstellen zu lassen. Die sachliche Ursache liegt darin, dass während des ganzen illegalen Kampfes die Parteiführung geheim sein musste, und zwar auch geheim für die reichsdeutsche Öffentlichkeit. Wer den Kampf des österreichischen Nationalsozialismus politisch richtig führen wollte, der musste darauf verzichten, in der Öffentlichkeit berühmt zu werden. Leopold wollte darauf nicht verzichten und er machte so entscheidende politische Fehler, dass seine Abberufung notwendig war. Die Person Klausners strebte nie nach Berühmtheit und war daher auch nicht geeignet, nach der Machtergreifung in glänzender Weise in Erscheinung zu treten. Die zwei hinter Klausner stehenden Kräfte, von

denen ich für Globocnik den dynamischen Teil und für mich die politische Seite in Anspruch nehme, waren aber von vornherein als Mitarbeiter Klausners darauf angewiesen, diesen selbst in den Vordergrund zu stellen.

– Seite 3 –

Wir sahen im März und im April, wie aus dieser Sachlage heraus ein unrichtiges Bild von den tatsächlich vorhanden gewesenen Führungsverhältnissen entstand und trotz unserer Bemühungen auch nicht behoben werden konnte. Dies war eine wesentliche Ursache für die verschiedenen Gemütszustände bei Globocnik, der auch gerade von Ihnen hoffte, dass Sie den Anteil der Partei an den Ereignissen vor dem 12. März 1938 beim Führer und auch in der Öffentlichkeit herausstellen würden. Ich selbst habe mich beschränkt, diese mündliche und schriftliche Darstellung an Pg. Hess zu richten und ausserdem die Dokumente aus den Märztagen zu sichern. Darüber hinaus habe ich bei jeder mir gebotenen Gelegenheit vom Kampf der Partei gesprochen. Bemühungen, den einer Person, und zwar Dr. Seyss-Inquart, zu viel zugeschobenen Ruhm nun gerechterweise auch auf andere Personen zu verteilen, habe ich nicht unternommen und würde ich auch nicht unternehmen, da ich erstens als Interessent erscheine und andererseits glaube, damit dem Führer auch keine Freude zu machen. Ich bin auch überzeugt, dass Dr. Seyss nicht unlauter gehandelt hat und dass auch der Führer mit der besonderen Bevorzugung seiner Person weniger einen Akt historischer Gerechtigkeit vollziehen will, sondern eben seiner Person selbst gewogen ist. Für den Führer ist es doch ziemlich belanglos, ob diese oder jene Person mehr oder weniger Verdienste auf diesem Teilabschnitt des grossen Kampfes der Bewegung sich erworben hat, denn schliesslich ist doch alles zum weit-

– Seite 4 –

aus überwiegenden Teil nur ihm zuzuschreiben; er allein wird vor der Geschichte als der Befreier der Ostmark dastehen. Ich habe es deswegen für richtig gehalten, die gegebene Sachlage hinzunehmen und nach neuen positiven Arbeitsmöglichkeiten in der Partei zu suchen.

Wenn ich aufgefordert werde, ohne persönliche Spitze den Anteil der Partei nach meiner besten Überzeugung darzustellen, so stehe ich jederzeit zur Verfügung. Aus diesem Grund habe ich auch Ihnen gestern versprochen, neuerdings eine kurze Darstellung für Sie zu liefern und sie Ihnen zu treuen Händen zur Verfügung zu stellen. Ich behalte von diesem Brief und von dieser gedrängten Darstellung die einzig hergestellte Abschrift bei mir.

Heil Hitler!

Rainer e.h.

1 Beilage.

Drittes S:

::-: Abschrift!) ::-:

### Bericht über die Vorgänge in der NSDAP in Österreich vom Beginn des letzten Kampfabchnittes bis zur Machtergreifung am 11.März 1938.

Die Partei kämpfte 1933 auf parlamentarischem Boden. Durch die Machtergreifung im Reich erhielt sie grossen Zuwachs. Sie ging daran, Neuwahlen zu erzwingen, um dadurch in die Regierung zu gelangen. Sie hätte auf diesem Wege an die Macht kommen müssen. Diese Tatsachen erkannten die Feinde und unter Duldung der Roten ging die Regierung Dollfuss daran, die NSDAP von der gesetzlichen Ebene zu verdrängen, um sie unschädlich zu machen. Hierbei bediente sich die Regierung gesetzlicher Kniffe, durch die sie praktisch die demokratische Verfassung immer mehr ausser Kraft setzte. Den ersten Versuchen der Regierung antwortete die Partei mit verstärktem Druck und auf die Verfassungsbrüche der Regierung antwortete sie mit Gewaltakten, in der Annahme, die Regierung dadurch stürzen zu können. Diese Annahme war falsch; die Regierung besass um diese Zeit die Deckung des ganzen deutschfeindlichen Auslandes und fühlte sich stark genug, die NSDAP zu verbieten und das Bekenntnis zur NSDAP und anschliessend das Bekenntnis zum Anschluss als Hochverrat zu behandeln.

Damit begann der erste Kampfabschnitt, der mit der Julierhebung 1934 endete. Der Entschluss zur Julierhebung war richtig, in der Durchführung steckten viele Fehler. Das Ergebnis war eine völlige Zerschlagung der Organisation, Verlust ganzer Schichten von Kämpfern durch Gefangennahme oder Flucht ins

- Seite 2 -

Altreich und im politischen Verhältnis des Deutschen Reiches zu Österreich eine formelle Anerkennung des Bestehens des österreichischen Staates durch die deutsche Reichsregierung. Mit der Depesche an Papen, in der die Weisung enthalten war, wieder normale Beziehungen zwischen den beiden Staaten herzustellen, war der erste Kampfabschnitt durch den Führer liquidiert und eine neue Methode der politischen Durchdringung begonnen. Über Auftrag des Führers wurde die Landesleitung München aufgelöst und die Partei in Österreich sich selbst überlassen.

In Österreich war kein anerkannter Führer der Gesamtpartei vorhanden. Es bildeten sich in den neun Gauen neue Führungen. Der Prozess wurde immer wieder unterbrochen durch Eingriffe der Polizei, es hatten die Gliederungen untereinander oft keine Verbindung und es standen oft zwei, drei und mehr Führungen nebeneinander. Als erster sichtbarer Sprecher wurde von so ziemlich allen Gauen im Herbst 1934 Ing. Reinhaller (noch von Hess als Landesbauernführer eingesetzt) anerkannt. Dieser versuchte, durch Verhandlungen mit der Regierung eine politische Befriedung herbeizuführen, mit dem Ziele, dass die NSDAP, wieder erlaubt und sohin wieder zur politischen Tätigkeit zugelassen werde, Reinhaller begann nebenher den Aufbau der illegalen politischen Organisation, an deren Spitze er Ing. Neubacher gestellt hatte. Der erste Versuch, eine legale, mit der Regierung verhandelnde politische Organisation neben einer geheimen illegalen aufzustellen, misslang, führte zu Streitigkeiten in fast allen Gauen und endete damit, dass die Illegalen einen Vorstoss gegen die Befriedungspolitik Reinhallers unternahmen und Rein-

thaller seinen Rücktritt als Landesleiter erklärte. Als Nachfolger wurde der Chef der illegalen Organisation, Neubacher, nicht von allen Gauen anerkannt, da inzwischen der aus dem Gefängnis entlassene frühere Gauleiter von Niederösterreich, Hauptmann Leopold, auf Grund seines Parteidienstalters die Landesleitung beanspruchte. Um diese Zeit hatte Klausner in Kärnten mit seinen Mitarbeitern Globocnik, Rainer, Longhin und Pawlowski den Gau Kärnten wieder aufgebaut und einsatzfähig gemacht. Der Gau Kärnten hielt sich aus den Führerstreitigkeiten heraus und vermittelte in dem Streit zwischen Leopold und Neubacher und erwirkte schliesslich die Lösung in der Weise, dass Neubacher und sein Anhang Leopold als Landesleiter anerkannten und Leopold Neubacher zu seinem Stellvertreter berief. Die Gegensätze zwischen diesen beiden Gruppen waren noch nicht beseitigt. Die Streitigkeiten blieben auch der Polizei nicht verborgen und die Polizei kam in den Besitz einer von der Gruppe Leopold gegen die Gruppe Neubacher gerichteten Streitschrift und verhaftete an Hand dieses Materials Leopold und Neubacher.

Damals zeigte sich der Erfolg der ruhigen Haltung des Gaus Kärnten darin, dass nach dieser Verhaftung Vertreter aller Gauen nach Kärnten kamen und Klausner die Übernahme der Landesleitung antrugen. Über Auftrag Klausners erstattete bei diesen Besprechungen Dr. Rainer das politische Referat und entwickelte die vom Gau Kärnten vertretene politische Konzeption, auf deren Grundlage eine Einigung tatsächlich auch erzielt wurde. Es trat im Juli 1935 Klausner an die Spitze der Bewegung, jedoch nahm er nicht den Titel Landesleiter an, da er

dies für falsch hielt, solange der Landesleiter Leopold im Gefängnis sass, sondern betrachtete sich als Sprecher des Gauleiterkollegiums. Mit Zustimmung der Vertreter aller Gauen berief damals Klausner Globocnik für den organisatorischen und Rainer für den politischen Teil seiner Aufgabe als Mitarbeiter.

Im August kam es zu weiteren Verhaftungen, denen neben Gauleitern auch Globocnik und Rainer zum Opfer fielen. Es erhob weiters Schattenfroh auf Grund einer aus dem Gefängnis von Leopold erhaltenen Weisung den Anspruch auf die kommissarische Führung der Landesleitung. Von einer von Ing. Raffelsberger geführten Gruppe aus wurde um diese Zeit auch Verbindung mit Stellen des Altreiches (Propagandaministerium, Volksdeutsche Mittelstelle, usw.) hergestellt und der Versuch einer Konzeption der politischen Leitideen für die kämpfende Bewegung in der Ostmark in der Form eines Manifestes gemacht. Im Frühjahr 1936 wurde Schattenfroh verhaftet; er hatte zu seinem Nachfolger als geschäftsführender Landesleiter Pg. Hinterleitner, Linz, eingesetzt. Im März wurde Klausner im Zusammenhang mit der Verhaftung ungefähr 60 führender Nationalsozialisten festgenommen, hingegen war Dr. Rainer enthaftet worden. Hinterleitner kehrte wieder zurück zu den bei den Besprechungen im Frühsommer 1935 in Kärnten festgelegten Richtlinien und berief im Mai 1936 Rainer, Globocnik und Ing. Hiedler in die Landesleitung mit folgender Verteilung der Aufgaben: Rainer als Chef des politischen Stabes, Hiedler Chef der Organisation und Globocnik Leiter des Verbindungsdienstes mit dem Reich und Aufbau aller Hilfsstellun-

gen ausserhalb Österreichs.

Die Grundgedanken des Aufbaues waren: Die Organisation als Trägerin des illegalen Kampfes und Treuhänderin der Idee kompromisslos als Geheimorganisation nach dem

Ausleseprinzip und auf die allereinfachste Weise aufzubauen, dass sie zu jedem Einsatz bereit in der Hand der illegalen Landesleitung liegt, daneben alle vorhandenen politischen Möglichkeiten durch das politische Amt wahrzunehmen und hiebei insbesondere legale Leute und legale Möglichkeiten heranzuziehen, ohne jedoch eine Verbindung mit der illegalen Kernorganisation sichtbar herzustellen; die Zusammenarbeit der illegalen Parteiorganisation mit den vorgeschobenen politischen Helfern wurde deswegen in der obersten Spitze der Parteileitung verankert; schliesslich alle Verbindungsmöglichkeiten mit den Parteistellen des Altreiches geheim unter Wahrung der vom Führer befohlenen offiziellen Fernhaltung des Deutschen Reiches von den inneren Vorgängen in Österreich aufzubauen, sowie auch im übrigen Ausland rings um Österreich herum Hilfsstellen für Propaganda, Hilfswerk, Pressedienst, Flüchtlingsfürsorge, usw. zu errichten.

Hinterleitner hatte bereits die Verbindung mit dem Rechtsanwalt Dr. Seyss-Inquart aufgenommen, der aus seiner Hilfestellung bei der Julierhebung Verbindungen mit Dr. Wächter besass und andererseits im legalen Felde stand mit ausserordentlich geschickt aufrecht erhaltenen Verbindungen zu christlich-sozialen Politikern. Dr. Seyss war, aus den Reihen des steirischen Heimatschutzes kommend, bei der korporativen Übernahme des steirischen Heimatschutzes in die NSDAP Mitglied der Partei geworden. Eine weitere im Vordergrund stehende und im

– Seite 6 –

legalen Felde zu verwendende Persönlichkeit war Oberst Glaise-Horstenau, der ebenfalls nach beiden Seiten Verbindungen besass. Das Abkommen vom 11. Juli 1936 war bereits stark durch die Mitarbeit dieser beiden legalen Persönlichkeiten bestimmt, von denen Glaise-Horstenau durch Papen dem Führer als Vertrauensmann bezeichnet worden war.

Damals wünschte auch der Führer die Führung der Partei zu sprechen, um ihnen seine Auffassung über das Verhalten der Nationalsozialisten in Österreich mitzuteilen. Inzwischen war zu Pfingsten 1936 Hinterleitner verhaftet worden und hatte als seinen Nachfolger Dr. Rainer zum geschäftsführenden Landesleiter bestellt. Dr. Rainer und Globocnik waren am 16. Juli 1936 beim Führer auf dem Obersalzberg und erhielten eine ganz klare Darstellung der Lage und der Wünsche des Führers. Am 17. Juli 1936 waren sämtliche illegalen Gauleiter in Anif bei Salzburg versammelt, erhielten durch Dr. Rainer den zusammenfassenden Bericht über die Erklärungen des Führers und die politischen Weisungen für die Fortführung des Kampfes, ferner durch Globocnik und Hiedler die organisatorischen Anweisungen.

Am 23. Juli war im Zuge der allgemeinen Amnestie Hauptmann Leopold enthaftet worden. Sein Rang als Landesleiter war von Klausner angefangen über Schattenfroh, Hiedler und Dr. Rainer auch während seiner Haftzeit immer anerkannt worden und als Konsequenz übergab Dr. Rainer am 31. Juli Hauptmann Leopold die Führung der Partei. Leopold anerkannte die getroffenen politischen Weisungen und die organisatorischen Massnahmen und bestätigte die drei Männer Rainer, Globocnik und Hiedler in ihren

– Seite 7 –

Ämtern. Es begann aber gleich darauf eine neuerliche Reihe von inneren Auseinandersetzungen, da Leopold als illegaler Landesleiter in direkte Verbindung mit den Vertretern des Systems zu treten versuchte und eine Reihe von legalen Befriedungsaktionen aufzuziehen versuchte. Dies führte dazu, dass Klausner in Kärnten, zu dessen Auffassung diese Taktik in scharfem Widerspruch stand, demonstrativ als Gauleiter zurücktrat und Rainer und Globocnik, die durch die Ausführungen des Führers informiert waren und wussten, dass die von Leopold eingeschlagene Taktik falsch sein müsse, nach vergeblichen Versuchen, Leopold

umzustimmen, beiseite gestellt wurden. Es drohte neuerdings die Gefahr einer Spaltung in der Partei, die jedoch vermieden werden musste, wofür vor allem Dr. Rainer in Verbindung mit dem Stellvertreter Leopolds, Dr. Jury, sorgte. Es ergab sich in weiterer Folge durch die politischen Fehler Leopolds, dass die Parteiführung Leopold immer bedeutungsloser wurde, während andererseits die Stellen des Reiches immer mehr die Verbindung zu Seyss und Glaise und denjenigen Männern der Partei aufsuchten, die diese im legalen Felde stehenden Männer abdeckten.

Über einen Vorschlag von Globocnik war der Gruppenführer Keppler vom Führer zum Vorsitzenden der im Staatsvertrag vom 11. Juli 1936 vorgesehenen gemischten Kommission zur Durchführung des Abkommens ernannt worden. Gleichzeitig hatte der Führer dem Gruppenführer Keppler Vollmachten für die Partei in Österreich gegeben. Nach monatelangen Bemühungen Kepplers,

– Seite 8 –

mit Hauptmann Leopold zusammenzuarbeiten, musste er diese einstellen und arbeitete künftighin mit Dr. Rainer und Globocnik, ferner mit Reinthaller als dem Führer der Bauernschaft, Kaltenbrunner als dem Führer der SS, Jury als dem stellvertretenden Landesleiter, sowie Glaise und Dr. Seyss. Im inneren Verhältnis war in dieser Zeit eindeutig von Dr. Seyss die Führung der Partei anerkannt worden. Dr. Seyss stand auch in ständiger Verbindung mit Leopold und hatte keine ernsten Konflikte mit ihm. Er anerkannte jedoch ausdrücklich in dieser Zeit die Richtigkeit der insbesondere von Dr. Rainer vertretenen politischen Auffassung und die durch Dr. Rainer tatsächlich ausgeübte Leitung aller politischen Aktionen. Ähnlich war es mit Glaise, der sich mit dem Herzen und mit dem Verstande an Rainer und Globocnik anhielt, während er sorgfältig die parteimässige Legalität der Stellung Leopolds beachtete.

Ausschliesslich durch das Zusammenarbeiten der vorstehend genannten Personen mit Gruppenführer Keppler und den übrigen offiziellen Stellen des Reiches einerseits, sowie durch die Tätigkeit einer Reihe von vorgeschobenen Verbindungsmännern in Österreich andererseits wurde im Juli 1937 die Ernennung des Dr. Seyss zum Staatsrat und die Betrauung mit einer neuerlichen Befriedungsaktion durch den Bundeskanzler Schuschnigg durchgesetzt. Es war damit eine neuerliche und politisch stärkere Position im österreichischen System gewonnen. Vor allem war dadurch die nationalsozialistische Bewegung wieder auf dem politischen Felde sichtbar und als Verhandlungspartner bereits

– Seite 9 –

aktiv, wenn auch nicht offiziell in den Gang der innerösterreichischen Entwicklung eingeschaltet. Dieses ausserordentlich schwierige politische Manöver führte in Verbindung mit dem wachsenden Drude des Reiches zu der Besprechung zwischen dem Führer und Schuschnigg auf dem Obersalzberg, bei der Gruppenführer Keppler auf Grund seiner Erfahrungen und seiner erhaltenen Mitteilungen die konkreten politischen Ansprüche der kämpfenden illegalen Bewegung vortrug. Das Ergebnis der Besprechung war die Garantie des freien Bekenntnisses zur nationalsozialistischen Weltanschauung einerseits und die Anerkennung des selbstständigen Staatswesens Österreich andererseits, sowie die Einsetzung eines Garanten für beide Teile in der Person des Innen- und Sicherheitsministers Seyss-Inquart. Damit hatte Seyss die Schlüsselstellung errungen und war in den Vordergrund der sichtbaren politischen Aktionen getreten. Für die Partei war damit der legale Stützpunkt in der Regierung gewonnen, der bei der durchzuführenden Revolution die Lähmung des Systemapparates bewirken musste. Damit war die von der Kärntner Gruppe seit 1934 vertretene und



von den wesentlichen Teilen der Partei erstrebte Ausgangsstellung für den neuerlichen Angriff auf die Regierung Schuschnigg gewonnen.

Eine weitere Folge des Abkommens war, dass der Führer Hauptmann Leopold in den Stab Hess berief und über Vorschlag Kepplers Klausner zum „Führer der österreichischen Nationalsozialisten“ nach einer persönlichen längeren Unterredung bestellte. Damit war die Gefahr einer Spaltung der Partei gebannt und wieder, wie sie schon 1935/36 bestanden hatte, die Einheit der politischen Aktionen der Partei garantiert. Klausner stellte

– Seite 10 –

sofort wieder den klaren organisatorischen Aufbau in der Partei her, wie er schon 1935/36 bestanden hatte und konnte die nach dem Berchtesgadener Abkommen notwendig werdenden Umstellungen für eine Fortsetzung des schwierigen innenpolitischen Kampfes, gestützt auf das allgemeine unbeschränkte Vertrauen der gesamten Partei sofort beginnen. Im Verhältnis zu Seyss-Inquart war zwischen Seyss und Klausner folgende Festlegung erfolgt: Seyss anerkannte ohne Vorbehalte die Führung der Partei im gesamten Kampfe und sohin auch die Führung Klausners. Er unterstellte sich sohin ausdrücklich und wörtlich als Parteigenosse dem Befehle Klausners. Darüber hinaus erklärte er sich auf Grund der Abmachung zu Berchtesgaden und vor allem auf Grund der ihm vom Führer bei seinem Staatsbesuch in Berlin gemachten Erklärungen als dem Führer unmittelbar verpflichteter Treuhänder der illegalen NSDAP in Österreich innerhalb seines staatlich-politischen Aufgabenbereiches. Seyss anerkannte auch ausdrücklich die politische Initiativberechtigung der Landesleitung.

Das Ergebnis von Berchtesgaden für Schuschnigg persönlich war die Überzeugung, dass die Entwicklung unaufhaltsam auf eine rein nationalsozialistische Lösung zustrebe. Er versuchte, die grossen Demonstrationen in den österreichischen Landeshauptstädten dazu

auszunützen, um die Position des Dr. Seyss zu erschüttern oder ihn bei der kämpfenden Bewegung oder bei Stellen des Reiches in Misskredit zu bringen. Die gegebene Situation war nicht leicht, endete aber damit, dass Schuschnigg die Überzeugung gewann, es sei nicht möglich, zwischen den marschierenden SA-Männern und der politischen Führung der Partei eine Spal-

– Seite 11 –

tung herbeizuführen. Aus diesen und anderen Erwägungen heraus entstand der Entschluss, durch eine Volksabstimmung aus der in Berchtesgaden gezwungen angenommenen Situation herauszukommen und eine völlige aussen- und innenpolitische Neuorientierung in der Richtung Westen – Demokratie – Marxismus herbeizuführen.

Durch den illegalen Nachrichtenapparat kam am Mittwoch, den 9. März, um 10 Uhr vormittags die Nachricht von der geplanten Abstimmung nebst genauen Unterlagen in die Hand der Landesleitung. Bei der sofort anberaumten Besprechung erklärte sich Dr. Seyss als zwar seit wenigen Stunden informiert, aber durch Ehrenwort zum Schweigen verpflichtet. Er gab jedoch durch seine Haltung bewusst und unzweideutig zu erkennen, dass die illegale Information stimmte und arbeitete vom Beginn an in der Ausnützung der gegebenen Situation auf das Engste mit der Landesleitung zusammen. Bei der ersten Besprechung um 10 Uhr waren zugegen Klausner, Jury, Rainer, Globocnik und Seyss-Inquart. Es wurde festgelegt, dass als erstes der Führer informiert werden müsse, zweitens durch eine offizielle Erklärung des Ministers Seyss an Schuschnigg dem Führer die Möglichkeit der Intervention in Österreich geboten werden müsse und drittens Seyss solange mit der Regierung zu verhandeln

hätte, bis vom Führer Weisungen oder Klarstellungen erfolgt sein werden. Seyss verfasste gemeinsam mit Rainer den Brief an Schuschnigg, dessen einzige Abschrift Globocnik im Luftwege dem Führer am Nachmittag des 9. März überbrachte.

Die Landesleitung berief am Donnerstag, den 10. März, alle höheren Formationsführer und die Gauleiter nach Wien zu Be-

– Seite 12 –

sprechungen ein. Um Mitternacht, vom 9. auf den 10. März, gab Rainer an die ganze Partei die Weisung durch, dass diese Abstimmung als Bruch des Abkommens betrachtet und von der Partei als Betrug abgelehnt werde, die Partei wurde aufgefordert, kaltes Blut zu bewahren, die Parole der strikten Ablehnung durchzugeben und für den Abstimmungssonntag die Weisungen abzuwarten. Die Besprechungen mit der Regierung ergaben keine brauchbaren Erfolge und wurden von Seyss am 10. nachmittags über eine durch Gruppenführer Keppler vermittelte Weisung des Führers eingestellt. Bereits am 10. wurden Vorbereitungen für eine revolutionäre Aktion der Partei seitens der Landesleitung getroffen, die nötigen Befehle an die Formationsführer ausgegeben und die propagandistischen und pressemässigen Vorarbeiten durchgeführt. In der Nacht vom 10. auf den 11. war Globocnik vom Führer zurückgekommen mit der Mitteilung, dass die Partei für Freitag Handlungsfreiheit besässe und dass der Führer hinter ihr stehen werde. Rainer gab den Gauleitern die letzten Weisungen für Freitag, den 11., und legte drei mögliche Fälle fest, die eintreten könnten:

1. Fall: Rückziehung der Volksabstimmung; in diesem Fall war angeordnet, Demonstrationen grössten Stiles zu veranstalten.
2. Fall: Schuschnigg demissioniert; für diesen Fall war das Übergehen von Demonstrationen zur Machtergreifung angeordnet.
3. Fall: Schuschnigg nimmt den Kampf auf; für diesen Fall war sämtlichen Führern der Partei Handeln auf eigene Faust mit Einsatz aller Mittel zur Gewinnung der Machtpositionen anbefohlen.

– Seite 13 –

An dieser Besprechung mit den Gauleitern nahm Dr. Seyss teil.

Am Freitag, den 11., war Minister Glaise-Horstenau vom Führer kommend in Wien eingelangt und hatte sich nach einer Besprechung mit Dr. Seyss zu dem Bundeskanzler begeben. Mit der Landesleitung war eine Besprechung für ½ 12 Uhr angesetzt worden, an der neben Klausner, Rainer und Globocnik noch Jury, Seyss, Glaise, Fischböck und Mühlmann teilnahmen. Dr. Seyss berichtete von der Aussprache bei Schuschnigg, die mit einer Ablehnung der Vorschläge der beiden Minister geendet hatte. Über Vorschlag Rainers wurde nunmehr von Klausner befohlen, dass der Regierung ein von den legalen politischen Vormännern, also den beiden Ministern sowie den Staatsräten Fischböck und Jury, unterzeichnetes Ultimatum: Abberaumung der Abstimmung und Ansetzung einer verfassungsmässigen freien und geheimen Abstimmung binnen 3 Wochen, mit Frist 14 Uhr vorgelegt werde. An Hand der von Glaise-Horstenau mitgebrachten schriftlichen Unterlagen wurde ein Aufruf an die nationalsozialistische Bevölkerung Österreichs zur Vervielfältigung in Millionen von Stücken und ein Hilftelegramm an den Führer vorbereitet.

Klausner übertrug Rainer und Globocnik die Leitung der nun einsetzenden letzten politischen Kampfaktion. Schuschnigg berief für 14 Uhr einen Ministerrat ein. Rainer vereinbarte mit Seyss, dass Rainer um 15 Uhr die Depesche an den Führer, den Aufruf an die Bevölkerung

und die Aktion zur Machtergreifung loslassen werde, wenn er bis dahin keine Nachricht aus dem Ministerrat erhalten hätte. In der Zeit bis dahin wurden alle Massnahmen vorbereitet. Um 14 Uhr 40 telefonierte Seyss an Rainer,

– Seite 14 –

dass Schuschnigg dem Drucke weichend die Abstimmung absage, sich aber weigere, eine neue Abstimmung anzuberaumen und schärfste Polizeimassnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe angeordnet habe. Rückfrage Rainer, ob die beiden Minister demissioniert hätten. Antwort Seyss: Nein. Rainer lässt im Wege der Deutschen Gesandtschaft die Reichskanzlei informieren und erhält durch Göring auf dem gleichen Wege die Mitteilung, dass der Führer diese halbe Lösung nicht anerkennen könne und auf der Demission Schuschniggs bestünde. Mitteilung hievon überbringen Globocnik und Mühlmann an Seyss; Besprechung Seyss mit Schuschnigg, Demissionserklärung Schuschniggs, Anfrage Seyss bei Rainer, welche Massnahmen seitens der Partei gewünscht werden. Antwort Rainers: Sofortige Regierungsbildung durch Seyss-Inquart, Legalisierung der Partei und Aufbietung von SA und M als Hilfspolizei. Durchführung von Seyss zugesichert, jedoch bald darauf Mitteilung, dass Durchführung am Widerstande Miklas' zu scheitern droht. Inzwischen kamen im Wege der Deutschen Gesandtschaft Mitteilungen, dass der Führer die Bildung eines Kabinetts Seyss-Inquart mit nationaler Mehrheit, die Legalisierung der Partei und die Erlaubnis der Rückkehr der Legion mit Frist 19 Uhr 30 erwarte, widrigens um 20 Uhr deutsche Truppen die Grenzen überschreiten. Zur Durchführung dieses Auftrages begaben sich Rainer und Globocnik, begleitet von Mühlmann um 17 Uhr in das Bundeskanzleramt. Situation: Miklas verhandelt mit Ender wegen Bildung eines von Schwarzen, Roten und Nationalsozialisten getragenen Kabinetts und bietet Seyss Vizekanzlerposten an. Seyss lehnt ab und erklärt Rainer gegenüber, er könne zunächst, da es um seine Person ginge, nicht selbst verhandeln, da daraus eine für ihn

– Seite 15 –

schwache und sohin für die Sache ungünstige politische Situation entstehen würde. Rainer verhandelt mit Zernatto. Kabinettsdirektor Huber, Guido Schmidt, ebenso verhandeln Glaise-Horstenau, ferner der Legationsrat Stein, der Militärattache General Muff und der inzwischen eingetroffene Gruppenführer Keppler. Ab 19 Uhr war Seyss wieder in die Verhandlungen eingetreten. Situation um 19 Uhr 30: Beharrliche Weigerung Miklas', Seyss zum Bundeskanzler zu ernennen, Appell an die Weltöffentlichkeit für den Fall eines deutschen Einmarsches.

Gruppenführer Keppler erklärt, dass dem Führer noch der unmittelbare Anlass zum Einmarsch fehle, der erst geschaffen werden müsse. Lage in Wien und in den Ländern auf das höchste gefährlich, Ausbruch Von Strassenkämpfen unmittelbar zu befürchten, da Rainer bereits um 3 Uhr an die ganze Partei Auftrag zu Demonstrationen herausgegeben hatte. Rainer schlägt Zernierung und Besetzung des Bundeskanzleramtes zum Zwecke des Sturzes der Regierung und der Erzwingung der Neubildung vor. Vorschlag wird von Keppler abgelehnt, von Rainer dennoch nach Aussprache mit Globocnik durchgeführt. Nach 20 Uhr marschiert SA und SS auf zur Zernierung und Besetzung des Bundeskanzleramtes sowie zur gewaltsamen Besetzung aller wichtigen Positionen in der Stadt Wien. Um 20 Uhr 30 lässt Rainer mit ausdrücklicher Genehmigung von Klausner den Befehl an die Gauleiter aller übrigen 8 Gaue zur Übernahme der Gewalt mit Hilfe von SA und SS hinausgehen, mit der Anweisung, sich hiebei Widerstand leistenden Regierungsmännern gegenüber auf einen Auftrag des Bundeskanzlers Seyss zu berufen.

– Seite 16 –

Daraufhin Losbrechen der Revolution, die im allgemeinen binnen 3 Stunden zur restlosen Besetzung von ganz Österreich und zur Übernahme aller Posten durch die Partei führte. Stand der Verhandlungen im Bundeskanzleramt bei der Rückkehr Rainers um 22 Uhr unverändert. Unter dem Drucke der Zernierung des Amtes und der Besetzung durch 40 SS Männer, sowie der aus der Provinz nunmehr einlaufenden Nachrichten von der Machtübernahme durch die NSDAP zerbricht der Widerstand Miklas', jedoch erst nach stundenlangen Verhandlungen von Seyss mit Miklas und Schuschnigg gelingt gegen Mitternacht die Regierungsbildung unter Seyss-Inquart als Bundeskanzler.

Die Machtübernahme war sohin ein Werk der Partei, gestützt auf die Einmarschdrohung des Führers und den legalen Stützpunkt Seyss-Inquart in der Regierung. Die staatliche Konsequenz in Form der Regierungsübernahme durch Seyss-Inquart war das Ergebnis der durch die Partei tatsächlich durchgeführten Machtübernahme einerseits und der politischen Leistungen des Dr. Seyss-Inquart auf seinem Sektor andererseits, beide Faktoren aber nur möglich infolge des Entschlusses des Führers vom 9. März 1939, nunmehr die Österreichfrage unter allen Umständen zu lösen und der daraufhin vom Führer erlassenen Befehle.

6.7.1939.

R a i n e r e.h.

---

Viertes S:

NÜRNBERG

DEUTSCHLAND

Ich, der unterzeichnete Dr. Friedrich Rainer schwöre und gebe hiermit die folgende Versicherung ab: Ich habe das angeheftete Schriftstück, das Nummer 812-PS trägt, gelesen und dessen Inhalt wahrgenommen. Das erwähnte Schriftstück besteht aus drei Teilen und zwar:

- (a) einen Brief vom 22. August 1939, das von mir an den Reichsminister Dr. Artur Seyss-Inquart in meiner Eigenschaft als Gauleiter für Salzburg, geschrieben worden war;
- (b) einen Brief vom 6. Juli 1939, den ich an den Reichskommissar Gauleiter Josef Bürckel geschrieben hatte;
- (c) einen Bericht über die Vorgänge in der NSDAP in Österreich vom Beginn des letzten Kampfabchnittes bis zur Machtergreifung am 11. März 1938, das von mir verfasst und dem Reichskommissar Gauleiter Josef Bürckel unterbreitet wurde.

Ich bezeuge und bestätige ferner, dass die erwähnten Schriftstücke *von mir abgefasst waren und* der von mir an Reichsminister Dr. Seyss-Inquart geschriebene Brief sowie *Abschriften* meines Briefes an Josef Bürckel und des oben erwähnten Berichtes sind, *welche dem obigen Briefe an Dr. Seyss-Inquart beigelegt waren.*

Ich bestätige und bezeuge ferner, dass die Tatsachen, die den erwähnten Briefen und dem Berichte zugrunde liegen, nach *meinem besten Wissen und Gewissen*) wahr sind.

Zu Urkund dessen habe ich die vorstehende Versicherung am 15.ten November 1945 eigenhändig unterschrieben.

*Dr. Friedrich Rainer*

Der oben erwähnte Dr. Friedrich Rainer ist von mir auf die Wahrheit der obigen Erklärung vereidigt worden und hat, in Urkund dessen, dieselbe in meiner Anwesenheit eigenhändig vollzogen.

*Harald Leventhal*

*Lieutenant Commander, U.S.C.G.R.*

Quelle: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg, 14. November 1945–1. Oktober 1946. Bd. XXVI. Nürnberg 1947. S. 344–358.

Anmerkung: Hinweise auf farbigen Markierungen und sonstige Besonderheiten der zugrunde liegenden Schriftstücke wurden weggelassen.